

Volks-Zeitung

Zwölftausendster Jahrgang.

Bezugspreise:
Die Halle monatlich bei zweimaliger
Ausgabe 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mark, sechs Monate 42.00 Mark,
ein Jahr 78.00 Mark, einschließlich
Postgebühren. Bestellungen werden
in allen Reichspostämtern entgegen-
genommen. In amtlicher Zeitungsgesellschaft
unter Bezeichnung der Halle
eingetragen. Für unvollständige
Einsendungen keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit
Ausdrucksbewilligung der Redaktion
erlaubt. Ferner der Geschäftsstellen
Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1123.

Anzeigenpreise:
Die 8 gezeichnete 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 22 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle, sämtliche
Anzeigenpreise, Erfüllungsgarantie
5 Jahre. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal,
Sonderausgaben und Haupt-
festenpreise: Halle, Neue Promen-
ade 1a, Gr. Brauhausstr. 17,
Neben-Geschäftsstellen: Große
Weichstr. 22 und Markt 24,
Dresden-Konto Leipzig Nr. 4606.

Nr. 609.

Halle, Donnerstag, den 30. Dezember 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die innere Politik des Jahres 1920.

Von
Friedrich Weinhausen, M. d. R.

Die beiden wichtigsten Ereignisse in der inneren Politik des Jahres 1920 sind die Reichstagswahlen im Juni und die Reichstagswahlen im März. Das wahnsinnige Unterfangen übergeschnappter politischer Hühner und unpolitischer Militärs, durch einen Staatsstreich von oben das Vaterland zu „retten“, ist binnen wenigen Tagen elend gescheitert. So weit hatte sich doch der demokratische Gedanke bereits durchgesetzt, daß sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, nicht nur die Massen der Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Massen des Bürgertums und der Beamtenschaft nicht mehr als bloße Objekte einer hohen Obrigkeit fühlten, sondern selbst über Form und Grundlagen des Staatslebens entscheiden wollten. Daß die Abwehr in Form einer Arbeitseinführung der Beamten und eines Generalstreiks der Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden mußte, und daß sich aus dieser Abwehr höchst bedauerliche Machtkämpfe einerseits ergaben und kommunalpolitisch verheerender Arbeiterkampf ergaben, dafür tragen allein die Kapitulanten die Verantwortung. Demals ist viel hin- und hergeritten worden über die Unentschiedenheit und allzu große Milde der Reichsregierung gegen die Gewalttäter auf der Rechten und auf der Linken. Aber heute dürfte allgemein anerkannt werden, daß in jener äußerlich gescheiterten Lage die Regierung in ihrer Verantwortlichkeit doch den einzig richtigen Mittelweg des Zurücktritts und Verhandels eingeschlagen hat. Schließlich sind ja die Unentschiedenheiten nicht stillos ausgegangen, denn sich auf die Rechte der streikenden Gewerkschaften mußte man zu entscheiden veranlaßt haben, wie die auf der Linken. Die Auslegung des Unentschiedenes durch die Gerichte hat leider nicht dazu beigetragen, Beruhigung nach beiden Seiten zu schaffen.

Auch die im Juni erfolgten Reichstagswahlen haben bedauerlicherweise keine Klärung und Beruhigung im Innern gebracht. Die Erregung der Rappage zitterte noch allzu stark bei den Wählern nach. Auch die Parteien lebten an die Stelle sachlicher Auffklärung der dritten Klasse eine äußerlich heftige Wahlagitatorik. Schärfer als je früher traten die Parteigegensätze hervor. Die Oppositionsparteien der Rechten und der Linken arbeiteten mit riesigem Geduldsaufwand oder mit rücksichtslosen Gewaltmitteln, häufig genug auch mit beiden. Und die Wählermassen hatten noch nicht begriffen oder in der Wirkung des Wahlkampfes wieder vergessen, daß sie berufen seien, durch ihre Stimmzettel für die Regierung des Landes zu bestimmen und dem Volke damit Ruhe und Ordnung und Genußmöglichkeiten zu schaffen. Sie wählten wie im alten Obrigkeitsstaat lediglich nach Stimmungen und Ermüdungen des Augenblicks. Sie machten den 6. Juni nicht zu einem Tag des Aufbaubeginns, sondern wie frühere Wahlstage zu einer großen Abrechnung mit der Regierung, die doch nur die Beauftragung der Volksmehrheit gewesen war. Das Wahlergebnis entsprach dieser falschen Gefühlspolitik: die Fraktionparteien kamen erheblich gestärkt, die Mittelparteien wesentlich geschwächt aus dem Kampf heraus.

Die unmittelbaren Folgen ergaben sich bei der Regierungsbildung nach den Wahlen. Die alte Koalition zerfiel, die Mehrheitssozialdemokratie verlagte in ganz undemokratischer Empfindlichkeit und aus falschem parteipolitischen Eigennutz ihre Mitarbeit. Eine neue Koalition von Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei unternahm, obwohl zahlenmäßig im neuen Reichstage in der Minderheit, die Verantwortung für die Regierung. In jenen erregten Sommerwochen gab es auch innerhalb der Demokratischen Partei Gefühlspolitik, die eine Politik der Entfalligkeit lieber gesehen hätten. Heute werden sie zurückblickend erkennen, daß es richtig war, das Vaterland über die Partei zu stellen, und lieber Wahlerfolge hinzunehmen, als den demokratischen Staatsgedanken und den Staat selbst zu gefährden. Oder glaubt jemand, die Entwidlung hätte sich ruhiger vollzogen, wenn auch die Demokraten damals sich verlagert und die Regierungsgewalt der äußersten Rechten oder der sozialistischen Linksparteien zugeflossen hätten? Oder gar, daß eine sofortige Neuwahl wesentlich andere Verhältnisse geeignet hätte? Haben uns inzwischen nicht die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen gelehrt, daß die drei:en Wählermassen immer noch ihre eigene Staatspflicht verneinen und lediglich nach ihren Gefühlen der Zuneigung oder Abneigung für einzelne Parteien wählen? Angeführt der bevorstehenden Neuwahlen in Preußen sollten alle Parteien ebenso sachlich wie eifrig darauf hinarbeiten, daß die männlichen und weiblichen Wähler vor allen Dingen die erste Voraussetzung der verantwortungsvollen Stimmzettelausgabe erkennen, nämlich die Regierung ihres Landes durch die Wahl zu bestimmen.

Solche staatsbürgerliche Erkenntnis wird aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu einer Sättigung nicht der Fraktionparteien, sondern der Mittelparteien führen müssen. Dennoch sind die Zustände bei uns keineswegs so gestillt, daß die Regierung extremer Parteien der Rechten oder der Linken von der Volksgemeinschaft ertragen würde. Schon der Umstand, daß im Reich die Mittelparteien, in Preußen dagegen die alte Koalition der Linken mit Vorherrschaft der Mehrheitssozialdemokratie regierte, war zuletzt kaum noch erträglich, und führte fortgesetzt zu empfindlichen Störungen der Reichsmaschine. Deshalb war auch die Beschleunigung der Reichswahlen zur politischen Notwendigkeit geworden. Hoffentlich wird der Hauptzweck erreicht und eine Uebervereinbarung zwischen den politischen Machtverhältnissen erzielt, die eine gleichmäßige Regierung im Reich und in Preußen ermöglicht.

Die Minderheitsregierung im Reich hat sich inzwischen langweiliger geübt, als man ursprünglich annahm. Das „bürgerliche“ Kabinett Freydenberg kann sich zwar nicht auf politische Großtaten berufen, die seinen Bestand mächtig gestärkt hätten, aber es hat auch bisher schwere Fehler zu vermeiden gewußt, die es hätten fortsetzen können. Durch Beschränkung auf die allerdringlichsten Aufgaben des Tages hat es das Kabinett verstanden, gelegentlich auch Unterstützung bei den Oppositionsparteien rechts und links zu finden. Vor allem aber ist die Sicherung vor der großen Verantwortung eines Regierungskrisens immer noch der stärkste Schutz für das Kabinett geblieben.

Allerdings stellen die wirtschaftlichen Räte der Zeit die Regierung immer wieder vor neue schwere Entscheidungen. Mit der sich bewegenden Verabschiedung des Betriebsratsgesetzes, bei dem Blut vor dem Reichstage stand, hat das Jahr 1920 begonnen und mit einer weit verbreiteten, tiefgehenden und für den Fortschritt des gesamten Beamtenkörpers sehr schmerzhaften Krise. Und was an innerer Politik zwischen diesen beiden Polen liegt, das ist in der Hauptsache ein fortgesetzter Kampf der einzelnen Berufe und Erwerbszweige um Erleichterungen ihrer Räte gewesen. Auch die Auseinandersetzungen über die Sozialisierung und die Gestaltung der Steuerpolitik und der heftige Ruf nach Abbau der Zwangswirtschaft und nach freier Gestaltung des Berufslebens gehörten Endes immer auf die gleiche Ursache zurück: die ungeheure Belastung des Volkes durch den Versailleser Diktatfrieden. Ihn zu ändern ist nicht bloß die Hauptforderung der auswärtigen Politik, sondern auch die Grundvoraussetzung für gesunde innerpolitische Zustände. Und die wichtige innerpolitische Voraussetzung dazu ist einmütiges geschlossenes Zusammenhalten des geduldeten deutschen Volkes und Ueberwindung des Parteihaders in allen Fragen, die das Vaterland und das Gesamtwohl angehen.

Die Regierung und die Eisenbahner.

Gestern nachmittag trat im Reichstage der aus Vertretern der Eisenbahnerorganisationen gebildete 16er Ausschuss zusammen, der zu der augenblicklichen Lage und besonders zu dem Streikverlauf des Reichsverkehrsministers Gröner Stellung nahm. Die Verhandlungen über den Streikverlauf zeigen sich bei gegen 6 Uhr nachmittags hin. Man einigte sich schließlich dahin, heute, Mittwoch, morgen die Stellungnahme des Ausschusses zu formulieren und diese Erklärung Minister Gröner zu übermitteln.

Inzwischen hatten Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamten- und Kattgelehrten- und das Finanzministerium erklärte sich bereit, die Forderungen und Wünsche der Eisenbahner dem Reichsgutachterauschuss zu überweisen, in dem Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sitzen. Der Reichsgutachterauschuss wird voraussichtlich am 3. oder 4. Januar in Berlin zusammenzutreten und das gesamte vorliegende Material prüfen. Im Reichsgutachterauschuss werden, entsprechend seiner Zusammenstellung, jedoch nur alle die Eisenbahnerbeamten angehenden Fragen erörtert werden. Die Wünsche der Arbeiter werden bereits in den am heutigen Mittwoch beginnenden Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium ihre Erledigung finden. Durch das Entgegenkommen des Reichsfinanzministeriums hat die in den letzten Tagen zugespitzte Lage eine Entspannung erfahren.

Neue Verhandlungen über die Beamtenforderungen.

Wir machten gestern abend Mitteilung über die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium, die sich mit der Besoldung der Beamten befassen. Jetzt gibt BVB hierzu noch folgende Meldung an: „Die Reichsfinanzverwaltung hat Anordnung getroffen, daß die nächste Gehaltszahlung an die Beamten nicht erst Anfang Februar, sondern bereits vom 24. Jan.

ab erfolgt, damit nicht mehr als etwa ein Monat seit der von Wehrmacht erfolgten Zahlung des Januargehalts verstrichen ist. Wegen der von den Organisationen der Reichsbeamten und Reichsarbeiter gestellten neuen Forderungen soll unverzüglich nach Neujahr im Reichsfinanzministerium vor Eintritt in Verhandlungen eine Aussprache über die Gesamtsituation mit Vertretern der beteiligten Kreise stattfinden. Somit verbreitete Nachrichten über angebliche Beschlüsse der Staatssekretäre der Reichsministerien entbehren der Begründung.“

Gegen Deutschlands Hoheitsrechte auf dem Rhein.

Am 4. Mai und 7. Dezember wurden auf Veranlassung des Reichspräsidenten der internationalen Schiffsahrtskommission in Köln, des französischen Oberst Dumont, zwei Polizeibeaute der Rheinfront-Bauverwaltung (Königsbrunn und St. Goar) von den Franzosen requiriert. Dem zuständigen deutschen Vertreter erklärte Oberst Dumont einige Tage später, er habe den Auftrag, die gesamte Schiffahrt und Strompolizei auf dem Rhein innerhalb der französischen Zone zu übernehmen. Er werde daher sämtliche Polizeibeaute der Rheinfront-Bauverwaltung in Besetzung nehmen und sie seinerseits zur Ausübung der Schiffahrt und allgemeinen Polizei in Dienst stellen. Mit der Polizeiaufsicht sowohl zu Lande wie zu Wasser würden französische Offiziere beauftragt. Die Wasserbaubehörden müßten unter völliger Kontrolle der internationalen Schiffsahrtskommission ihren Dienst verrichten. Nach weiteren Nachfragen ist es anscheinend inzwischen dem französischen Einfluß gelungen, die internationalisierte Schiffsahrtskommission zu beschließen, die auf die Uebernahme der gesamten Polizeiverwaltung auf dem Rhein innerhalb der vier besetzten Zonen durch die alliierten Militärbefehrer abgesehen.

Wie BVB. hört, sind von den deutschen amtlichen Stellen alsbald nach dem Bekanntwerden der gegenwärtigen Absichten, die besetzten, Deutschland den letzten Rest seiner schon durch den Vertrag von Versailles auf das äußerste eingeschränkten Hoheitsrechte auf dem deutschen Rheinraum zu nehmen, energische Schritte unternommen worden, um eine Zurücknahme der getroffenen Anordnungen zu erreichen und weiteren Maßnahmen ähnlicher Art vorzubeugen.

Die Regierung gegen die Kohlenpreiserhöhung.

BVB. Berlin, 29. Dezember. (Drahtnachricht.) In einer Sitzung des Großen Ausschusses des Reichsoberlandes und des Reichsoberlandes wurde über die seit langer Zeit wiederholt beantragte Kohlenpreiserhöhung beraten. Staatssekretär Professor Hirth erklärte im Auftrag der Regierung, daß die Stellungnahme der Reichsregierung der Forderung auf Kohlenpreiserhöhung gegenüber im Grunde sich unwandelbar sei. Es werde nicht verkannt, daß die gesamte Wirtschaft des Reiches nicht allgemein glücklich ist, doch lasse die allgemeine Wirtschaftslage eine allgemeine Kohlenpreiserhöhung nicht als erträglich erscheinen. Eine Ueberänderung der Preispolitik sei aber auch deshalb nicht zweckmäßig, weil die gesamte Weltwirtschaft durch Ueberhöhung beinträchtigt sei. Die in Brüssel geführten Verhandlungen hätten Ueberänderungen in der gesamten Wirtschaftslage herbeigeführt, insbesondere die Folge haben, daß auch Deutschland an dem Preisabbau in der ganzen Welt teilzunehmen werde. Aus diesem Grunde erscheine der gegenwärtigen Augenblick nicht geeignet, die Kohlenpreise zu verändern. Wenn trotzdem für einige der Reichsoberländer Preiserhöhungen nicht bewilligt werden, so bedeutet das keine Durchbrechung der Preispolitik der Regierung. Demzufolge beantragte die Regierung die Preisverhinderungsbefehle für Rheinland, Westfalen, Niederelbe, Mitteldeutschland und Ostelbien. Hingegen erfolgte zum Ausgleich bereits zurückliegender, die Selbstkosten stark belastender Ausgaben eine Bewilligung nicht oder nur teilweise für die jüngsten Steinkohlenreviere und für die Braunkohlen aus den Revieren Frankfurt a. O., Grotzsch, Raffel, für bayrische Steinkohle und für rheinische Braunkohlenreviere.

Der neue Vorschlag des vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Durch den Tod Karl Reigens ist der Vorschlag des Vorstehenden des vorläufigen Reichswirtschaftsrats für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Juli 1921 aufhört geworden. Bevor vor der Plenarversammlung der Nachfolger Leatiens in den Vorstand gewählt wird, wird, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, das Amt provisorisch von dem Führer der christlichen Gewerkschaften, Friedrich Heilmann, und der Vorsitzende des Zentralverbandes der Selbständigen, Otto Lehmann, in Braggel. Es besteht weiterhin die Möglichkeit, daß der bisherige Vorsitzende, Ederer v. Braun, bis zur Neuwahl im Amt verbleibt.

Verchiebung von Kupferrohle.

Wie die Wäiter aus Dresden melden, sind die Grenzbehörden einer großen Schiebung von Kupferrohle auf die Spur gekommen. Es handelt sich um 7 große Schiffe, die mit 140 000 Zentnern Eisenblech von Deutschland nach Polen verschifft werden sollten.

Gegen den Schmuggel an der Westgrenze

Nach einer Meldung des „Lof.-Anz.“ aus Athen hat das Wiener Polizeipräsidium eine besondere, mit Fahr- rädern und Waffen ausgerüstete, Streiktruppe von Polizeiwachen angelegt, die des Schmuggels und Schieber- wesen an der deutschen Westgrenze bekämpfen soll. Im Laufe der vergangenen vier Wochen wurden allein in der Wiener Gegend für etwa 12 Millionen Mark Schmuggelwaren be- schlagrahmt.

Abänderung der Reichswahlordnung.

Der Reichsminister des Innern hat mit Zustimmung des Reichsrats am 21. Dezember 1920 die Reichswahlordnung vom 1. Mai 1920 in verschiedenen Punkten geändert. Die Abän- derung ist erledigt (§ 1, III). In die Listen sind die Soldaten der Wehrmacht, deren Wahlrecht für die Dauer der Zugehörigkeit zu ihr nicht aufzunehmen; nicht zu den Soldaten der Wehrmacht gehören die Militärbe- amten (§ 2). Die Zulässigkeit der Aufstellung von Wahl- scheinen ist erweitert, z. B. auf Auslandsdeutsche und ehe- malige Angehörige der Wehrmacht, die nach Ablauf der Ausreisefrist ihren Wohnort in das Inland verlegt haben (§ 6a); Wahlkreise können noch am Tage vor der Wahl ausgeteilt werden (§ 7a). Die Vorschriften über die Trennung der Wahlräume für die Wähler verschiedener Geschlechts sind härter gefaßt (§ 4, II). Die Wahlzeit dauert in den Sommermonaten April bis September von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, in den Winter- monaten von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. In Wahlbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die Wahlzeit abgekürzt werden. Sie muß aber jedenfalls von 10 bis 5 Uhr dauern (§ 12). Unmittelbar nach Ermitt- lung des Abstammungsergebnisses hat der Wahlprüfer auf schnellstem Wege das Ergebnis dem Kreiswahlleiter unter Angabe der auf die einzelnen Wahlvorstände gefallenen Stimmzählung mitzuteilen. Der Kreiswahlleiter hat die Wahlergebnisse seiner Wahlbezirke spätestens um 8 Uhr abends am Tage nach dem Wahltag dem Reichswahlleiter mitzuzugehen (§ 55a).

Polnische Drohungen.

Wie die polnische Korrespondenz meldet, fand in Beuthen eine Versammlung der Vorstände der polnischen Berufsvereinigungen statt, an der über 300 Personen teil- nahmen. An die internationalisierte Kommission in O- ppen wurde eine Resolution folgenden Inhalts ge- richtet: Die Mitglieder der Ortsgruppen der polnischen Berufsvereinigungen legen energischen Protest gegen die Zu- lässung der Emigranten zur Abstammung ein und erklären die Bereitschaft, ihrer Forderung durch einen General- streik Nachdruck zu verleihen. gez. Kommer. Vorsteher der Versammlung.

Dieses Telegramm stellt in erster Linie eine Ver- söhnung der internationalisierten Kommission dar. Soll sie doch vor allem dem Friedensvertrag, in dem das Abstammungsrecht der Heimatstaaten verbriefet ist, zur Durchführung bringen. Es ist kaum anzunehmen, daß die internationalisierte Kommission in Oppeln, wenn sie sich nicht lächerlich machen will, die Drohung der polnischen Delegierten der Berufsvereinigungen einklinkt, ohne sie gebührend zu beantworten.

Die Exekution gegen Fiume.

Bei der Zusammenkunft mit dem Leiter der nationalen Vorbereitung von Fiume in Abbazia brachte General Fer- raris in unwiderruflicher Weise zum Ausdruck, daß pol- litisch und rechtlich in der Ausübung des Abstammungs- recht von Kaplo in die uneheliche Verbindung jeder Verbindung sei. Die Delegierten erklärten die Unannehmung eines neuen Zusammenstehens, um die Möglichkeit zu Beratungen in Fiume zu haben. Die von den Delegierten erbetene Unterbrechung der Beschießung wurde bewilligt.

Der Bürgermeister von Fiume hat in einem Punktetelegramm um Waffenstillstand gebeten. Daraus ergibt die Kriegsschiffe einseitig des Danks Mitglieder zu rufen und verspricht, die Freischützer der Grenze von Fiume zu halten. Die italienischen Truppen bringen unter lebhaften Straßenkämpfen in Fiume vor. Die Freischützer verteidigen Haus um Haus. Geschütze

Der Kinderwagen.

Von Hans Reimann. (Nachdruck verboten!)

In unserer Kumpfkammer steht ein Kinderwagen. Als wir unser erstes Model bekamen, die Philomela, hatte ich ihn für bare 18 Mark mit uns auf dem gleichen Korridor wohlfühnen Frau Dittich abgekauft, und die war froh, daß sie ihn los wurde; denn obgleich war sie geliebte und hatte dem Kinderwagen Palet gelegt, zweitens jedoch war der Wagen in ihrer Kumpfkammer untergebracht ge- wesen und hatte auf Schritt und Tritt gelüßt, da er zu viel Platz beanspruchte. Frau Dittich hatte damals 15 zu viel bezahlt. Ich als geborener Kapaler 3 Mark draufgelegt. Der Wagen ist mir das wert, es war ein schöner Kinder- wagen, breit wie eine Schale und schwer wie ein Last- auto.

Das war vor dem Kriege gewesen. Nun stand der Wagen in unserer Kumpfkammer und ärgerte uns, zumal wir die Kammer gleichzeitig als Schlaf- zimmer benutzten. Der Kostbarkeit halber will ich es- zählen, inwiefern er uns ärgerte. Das Kabinett, wo wir die Nacht verbringen, ist lang und schmal. An der Längsseite stehen ein Dwan, ein Bett und noch ein Bett. Auf dem Dwan kamperzt meine bessere Gefährtin mit dem Künstler. Im ersten Bett schläft die Frau Dittich, die Philomela. Im dem zweiten liegen der schlaftrübe Heinrich und die um wenige Monate ältere Augusta. Ich selber nächtliche auf dem Korridor, der tags- über als Wohnzimmer dient, und zwar in einer eigen- artig requirierten Bänkeanlage, einer Art Linden an die mitgemachte große Zeit.

Der Kinderwagen steht parallel zum Dwan und wird sowohl als Nachtruhe als als Spielzeug benutzt, des- gleichen bedauere ich gern meine Manuskripte darin auf- zuheben, was mir uns schuldig bin. Dies nebenbei. Der Kinderwagen also steht parallel zum Dwan und macht das Schlafkammerchen zu einem Geduldsplatz, zu einem aus lauter Klagen bestehenden Geduldsplatz, die in eine be-

stärken nicht angewandt werden. Bei der Einnahme von 2 Kavernen durch reguläre Truppen wurden einige Frauen und Kinder getötet. Dem „Tempo“ zufolge hat die Entente Gewalt nachgefordert, die Frage Fiume gleichfalls zu erledigen.

Klara Jettin in Tours.

Basel, 29. Dez. Pariser Blätter berichten, daß Klara Jettin, der von der französischen Regierung die Einreise- Erlaubnis für Frankreich verweigert wurde, dessen uns geachtet auf dem sozialistischen Kongreß in Tours erschienen ist. In der Sitzung am Dienstag wurde ganz überzehend dem Vorstehenden mitgeteilt, daß die deutsche Kommunistin zugegen sei. Die Rede Jettins, der für den Anschlag auf die Internationale sprach, wurde unterbrochen und Klara Jettin bestieg die Tribüne. Sie hielt eine französische An- sprache, in der sie mit heißen Worten gegen die gemäßigten Genossen und für das revolutionäre Werk eintrat. Dem Ver- trag von Versailles verdammt sie als Hindernis für den Wiederaufbau der Welt. Das Proletariat Frankreichs und Deutschlands würde diesen Vertrag zerbrechen. Nur in der dritten Internationale liege die sozialistische Einheit noch zu finden. Nach ihrer Rede war Klara Jettin ver- schwunden.

Deutsches Reich.

Ende des Mittelheimer Streites. Wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, hat in der Angelegenheit des Streiks der Opelwerke der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefaßt, der in der Hauptsache folgende Momente enthält. Danach haben die Arbeitnehmer die Forderung nach einer wirtschaftlichen Beihilfe nicht aufrechtzuerhalten. Der An- spruch auf eine Vergütung des ausgefallenen Lohnes wird nicht anerkannt. Die Arbeit soll im ganzen Umfang am 30. Dezember wieder aufgenommen werden. Die Klagen des Streiks wird darin gelassen, daß unzulässige Vertreter der Arbeiter nicht berechtigte Forderungen gestellt haben.

Werbungen zur Fremdenlegion. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Neubereitungen machen sich rein äußerlich die Werbungen zur Fremdenlegion wieder häufiger bemerkbar. In den Besprechungen hatte sich, soweit es sich überhaupt um be- liebigen Deutschland verhalten läßt, diese Tätigkeit mehr hinter den Kulissen abgespielt, da man die Sammelstellen nicht mehr so in breiter Öffentlichkeit in Erscheinung treten ließ, nachdem öffentliches Vergernis dadurch entstanden war. Jetzt sieht man wieder truppweise junge Deutsche unter der unblühenden militärischen Begleitung zur Kaserne und zum Sammelplatz gehen. Zentralen dieser Art läßt alles An- sehn noch immer wieder Mainz und das Lager Griesheim.

Wegfall in der Zeitung der „Deutschen Zeitung“. Wie die Telegraphen-Union meldet, stellt der internationale Reichstagsabgeordnete Reinhold Wulle mit Ende dieses Jahres seine Tätigkeit als Hauptgeschäftsführer und Direktor der „Deutschen Zeitung“ ein. An seine Stelle tritt Doktor Max Zehreger. Ansehend ist der Redaktionswechsel eine Folge der seitigen Auseinandersetzungen zwischen den Deutschpolitischen und den etwas weniger radikalen Elementen der Deutschnationalen Volkspartei. Dr. Wuldenbrecher hat eine ähnliche Entscheidung wie Dr. Traub durchgemacht. Er begann seine journalistische Tätigkeit als Redakteur der von Friedrich Reumann geleiteten nationalpolitischen „Hilfe“ und wirkte gleichzeitig als Redigier freireligiöser Gemeinden. Dann hat er auf dem Wege über die Sozialdemo- kratie Ansehend bei den Deutschnationalen gefunden. Zur Zeitung der „Deutschen Zeitung“ beschäftigt ihn anschließend besonders seine bekannte Schrift, die „Die Hohenzollern- legende“ erbaumungslos zerstückelt, und Wuldenbrecher dar- durch bei den Sozialdemokraten beliebt gemacht hat.

Das deutsch-schweizerische Luftfahrt-Abkommen ist ratifiziert.

Professor Leopold Landau, der berühmte Frauenarzt, ist in Berlin, 72 Jahre alt, gestorben.

Ein erfolgloser deutscher Einsatz in - Kuba. Der deutsche Gesandte in Kuba hat bei der kubanischen Regie- rung gegen die Vorführung eines Films, in dem die Hin- richtung der Witz Caswell dargestellt wird, Protest erhoben. Der kubanische Außenminister hat hierzu die Ablehnung des Films vom Spielplan verjagt. Seitens des Direktors des Lichtspieltheaters ist daraufhin die Klage eingereicht worden.

simte Lage gebracht werden müssen. — in eine Lage, die sie von vornherein nicht haben. Die Klagen fallen nicht zumunten, aber die Klagen müssen zusammen fallen. Nicht geht der Kasten nicht zu. Man nennt das Puzzle. Ich habe keine Ahnung, warum. Wahrscheinlich ist das ein Fremdwort. Kurzum, man muß die Klagen langsam verzeichnen, bis man die richtige Lage heraus hat. Will also beispielsweise meine Frau den Heinrich und die Augusta zu Bett bringen, so rangiert sie den Kinderwagen bis zum zweiten Bett, fesselt mirklamm den Kinderwagen in Philomela Lagerort, schiebt den Kinderwagen zurück bis zum Dwan, steigt aus dem Bett heraus und hat nun die Passage frei. — und das heißt Puzzle, wahrscheinlich nach dem Erfinder, Herrn Professor Puzzle. Ich weiß es nicht. Egal. Aber es ist zum Auswählen. Demnach anzusehen ist es jedoch hin- wiederum andererseits auch kurzweilig. So ist mir uns recht häufig langweilig und heiter. Heutzutage Sie hätte des „Hohenzollern“ der Verweissung nahe sind, spielen mit Gütern bahnhof. Meine Frau bildet den Stationsvorstand. Ich begeh mich in den Kinderwagen und bestelle aus Solo- motivführer und Heizer. Augusta, mit einer gelenden Tüte ausgestattet, marziert die Stellwerksoberaufsicht, während Heinrich und Philomela den Betriebsrat verfertigen und an- gefordert zugucken.

Das alles hat indessen läßt den Reiz der Neugier ein- gebüßt, und es ist nicht wunderzunehmen, daß der Kinder- wagen uns auf die Kernen zu fallen begann. Da ward mir die Kunde, daß Kinderwagen ein begehrter Artikel seien, der gut bezahlt würde. Ich verlegte mich also in eine Annoncevermittlung und lagte unter Zustimmung meiner schriftstellerischen Höchstleistungen folgendes Inserat ab:

Kinderwagen, wie neu, preiswert zu verkaufen. Schiefestage 31 II.

Das war am Mittwoch abend. Als Preis für den Kinderwagen hatten wir die runde Summe von 300 Mark vereinbart. Daraus sollte meine Gattin die Hälfte als Zu- schuß zum Wirtschaftspfad verwenden, wogegen ich die rest- lichen 150 Mark der Transplantation des Holenbundes meines Pranzuges in die Wochenstuhle zugewenden gedachte.

Auslands-Rundschau.

Frauen als Solare in Frankreich. Der Abgeordnete Koenig Brauch brachte in der französischen Kammer einen Gesetzentwurf ein, der den Frauen den Zutritt zur Lauf- bahnen als Solare öffnen soll. Hierzu ist zu bemerken, daß im Gegensatz zu Deutschland den Frauen in Frankreich der Zu- tritt zur Abolition bereits offen liegt.

Halle und Umgegend.

Halle, den 30. Dezember 1920.

Verdruf der hallischen Kommunisten.

„Das Volksblatt“ führt am 1. Januar. Diese Aufschrift wählt die Redaktion des kommunistischen Drangs für einen Sozia- listen in seiner geistigen Ausgabe, worin es seinen verärgerten Lesern trübtig tut macht. Es wird in dem Artikel behauptet, daß neben der mehrheitlichsozialistischen Volksstimme die Unab- hängigen unter der Redaktion der Herren Sonntag und Rod ein neues Tagesblatt herausbringen werden, heißt „Hallische Volksstimme“, und daß die Kommunisten hinfür an Stelle des Volksblattes, dessen Titel ihre Zeitung nicht mehr führen darf, ein neues Organ, genannt „Der Klassenkampf“, erscheinen lassen wollen. Aus dem Artikel geht daneben jedoch hervor, daß die auch von uns gemeldeten Vergleichsverhandlungen zu einem Abschluß nicht geführt haben, sondern als gescheitert zu betrachten seien.

Selbstverständlich verfährt die jetzige Volksblatt-Redaktion mit den „Zertrümmerten des Volksblattes“, wie sie die Unab- hängigen nennen, nicht gerade freundlich. Die Redakteure der sämtlichen „Hallischen Volksstimme“ werden als Kämpfer hino- geworfen, ihr Blatt als Absteiner der autochthonen Volksstimme, das nur dazu da ist, Berrat an der Arbeiterklasse zu geben. „Den- nung und Tod“, so heißt es, „treiben Verhältnisspolitik mit den Schiedsmännern; sie stehen mit den Sozialdemokraten bereits an einem Strang; sie stellen sich in die Reihe, die von der Dagech bis zur selben Gewerkschaftsbureaufahrt zieht.“

Man nun die fürsichtliche Sünde: Reinwand und Peters wollen den Volksblatt-Redakteuren kommunalistischer Obermann daselbst Schaden bereiten, das ihnen von den Kommunisten selbst herbeizit ist, nämlich die jetzige Volksblatt-Redaktion soll auf die Straße geteilt werden. „Das muß verhindert werden. Der zinter- stitute Plan der Reinwand, Peters usw. darf nicht gelingen, das Organ der hallischen Arbeiterkraft darf nicht durch einen Handvoll Vandalen an der Arbeiterklasse abhandelt werden usw.“ „Der Klassenkampf“, die bessere Fortsetzung des Volksblattes, lebt, wenn Ihr es wollt, Ihr hallischen Ar- beiter. Auf, Genossen, schreiet zur Tat. Schützt Euren Organ, schäft Cozentrat für seinen Fortbestand usw.“

Man sieht, die Herren, die unläufig zur Gründung einer Pra- duktionsoffenschaft aufzulesen, können über die finanziellen Sor- gen hinsichtlich der Schaffung eines neuen Parteiorgans noch nicht hinaus zu sein. Da ist vielleicht auch die Meldung noch verzuht, daß sie bereits sich in den Gläubigenden Paktellen, dem früheren Gläubigenden Schützenhaus, ein neues Heim für den „Klassen- kampf“ gelistet haben. Im Übrigen ist es eigentlich nicht be- greiflich, daß es den Kommunisten in Halle an Mitteln fehlen sollte. Einweg hat doch erst unläufig auf dem Vorbereitung in Halle reichs Mittel in Aussicht gestellt, und tatsächlich werden doch von der russischen Sowjetzentrale in Berlin gerade mehr- dines wieder Millionen über Millionen in Deutschland aus- gestreut, um die Saat des Bolschewismus ausgeben zu lassen. Das wird jetzt abermals bestätigt durch einen Artikel der „Freiheit“:

Der rufende Rufel. — Von Sinowjew Graben.

Die „Freiheit“ erinnert in ihrer Abendausgabe vom Dien- stag daran, daß Sinowjew auf dem Parteitag in Halle verhandelt hat, die wütenden Bolschewisten seien in der Lage, den deutschen Kommunisten auch mehr als 5 Billionen Rubel zu versetzen. Moscow hat dies Verprechen gehalten. Nach den detaillierten Mittei- lungen des unabhängigen Drangs fließen die Geldquellen heute noch reichlicher als vorher. Auf dem Vereinigungsparlament wurden zehn Sekretäre und eine Anzahl Beisitzer gewählt. Allein in der Zentralrat sind bereits „Bauern“ tätig. Dazu treten schriftliche Parteiberichte, Sozialistische und weiteres International, ferner die Angehörigen der Ministerzentrale. Derselben reichlichen Mittel gehen aber auch den Bezirksverbänden zu. So stellte der

Am Donnerstag abend rangierten wir ein letztes Mal, teils mit Wonne, teils mit Trauer. Wir schieden von dem uns liebgewordenen, liebgewonnenen Puzzle, fanden sogar eine neue Methode und bereuete fast das vorerliche Inserat. Ich übernahm die technische Leitung und kam — famos! — auf den Gehirne, nicht nur wie bisher den Wagen, sondern auch die Betten und den Dwan zu verzeichnen. Verzeichne nie morgen, was du heute faulst verzeichnen. In unterm un- beschreiblichen Jubel ließ die Stube alsbald einen Chaos, bis der Hauswirt heraufschaute, und fragen ließ, ob wir in gegenwärtiger, erster Zeit nichts besseres zu tun hätten, als die Wohnung zu demolieren. Wir legten uns dann alle mit- einander platz auf den Fußboden und veranstalteten ein regelrechtes Wirtel.

Am nächsten Morgen um fünf Uhr wurden wir aus dem wohlverdienten Schlummer geweckt. Der Dwan war zwischen den Doppellaternen eingeklemmt, und der Kinderwagen hing an der Gastampel, und die Angel schlüßte wie dumm. Ich stand auf, nicht ohne mich als Papst zum Fenster hinaus- zuerkennen, und den Dwan zu verzeichnen. Ich fragte, ob sie hier richtig wäre. In Ansehend meiner Personlichkeit ließ ich die Frage offen, und die Wabam erkundigte sich weiter, ob hier Kinderwagen zu verkaufen seien. Ja, erwiderte: Ja, aber nur vorübergehend. Die Wabam verzeichnete, daß sie ge- wonnen sei, einen Kinderwagen nämlich zu erhalten. Ich er- widerte, sie möge am Nachmittag wiederkommen. Die Wabam beteuerte, nicht von der Stelle zu weichen. Ich zog mich zurück und beschaffte mich mit meiner Frau, was zu tun war. Meine Frau — lapptalisch geartet, wie sie ist — schlug vor, der Restantin den Wagen für 350 Mark abzulassen, wobei die überschüssigen 50 Mark als Buße für die nachstehende Aufschreibung eines eigens zu diesem Zweck ins Leben zu rufenen Kasten über die sie freiwillig die Vermahlung in die Hand zu nehmen erbtigt sei, ungeachtet werden sollte. Dieses teilte ich der wie auf glühender Betanpfeilen wartenden Wabam zum Fenster hinunter mit. Die Wabam gab zu. Antwort, daß sie den Kinderwagen unbeschaden und um jeden Preis zu erwerben sich entschlossen habe. Ich setzte hinunter, perrte die Haustür auf, brachte die Wabam in unsere Wohnung, brüdete ihr den leicht ramponierten Wagen unter dem Arm, empfing auf der Stelle die vereinbarte Summe, und geleitete die Wabam wieder zur Tür hinaus.

Bestandtheil des Berlin-Brandenburg als bestes an zwei ...

Zur Vertiefung der Lazarettinsassen

namt jetzt der Oberarzt der Lazarette, Herr Medizinalrat Dr. ...

Insolge Wegens der Heilbarkeit aus Halle und infolge ...

Arbeitsgemeinschaften für Körperlich Behinderte aller Städte.

Von Otto Perl, h. h. h.

(Nachdruck mit genauer Quellenangabe erbeten.)

Am 10. März 1910 haben die Arbeitsgemeinschaft aller Städte ...

In ihrer nahezu hundertjährigen Arbeit hat die Deutsche ...

Siernit ist die Geschichte zu Ende. Mein. Leider nicht. Sie fängt erst an. Wir Armen.

Sch erzählt es nicht. Niemand wird es glauben. Es ist ...

Als: während die Madam den Kinderwagen die Treppe ...

Am acht Uhr hänge ich ein großes Schild an die Plur ...

Der Anbruch ließ nicht nach. Das Schild hing vergeblich. ...

Nicht klauen! Hier liegen Fußstapfen und Schicksalsschritte!

Um zehn Uhr ist die Klingelzeit absonstern. Um elf ...

Warum ist Ihnen das mittlere? Wenn Sie einen Bekannten haben, der Sie maglos ...

Ein ruhiges, aufgereiztes Tag ist ihm garantiert. (Nachdruck mit genauer Angabe.) In der ...

Körper aus seinem individuellen Lebensgange ermächtigt, und die ...

Bei der verhältnismäßig hohen Zahl körperlich Behindeter ...

Die üblichen Träger der beruflichen Kräfte bilden die 64 ...

In letztem wäre es, wenn legitimierte Behinderte der Ge ...

„Beamtensteil.“

Man schreibt uns: Heber dieses unzeitlich fernen Thema ...

„Zeit ist Herr Vorkühler der gesunde Mann — ausgerechnet ...

Familien-Nachrichten

Verlobte: Hildegarde Anlauf, Sömmelände — Kurt Heller, ...

Gelehrten: Mechaniker Paul Förster, Halle. Von. Kallens ...

Provinzial-Nachrichten

() Cöthen, 29. Dez. (Der verhängnisvolle Bett ...

† Lesau, 28. Dez. (General v. Dettinger.) Heute ...

† Gersdorf, 28. Dez. (Silberberg.) Nachdem schon ...

† Lesau, 28. Dez. (General v. Dettinger.) Heute ...

† Gersdorf, 28. Dez. (Silberberg.) Nachdem schon ...

† Lesau, 28. Dez. (General v. Dettinger.) Heute ...

gesehen, die eine Reihe aussteht erhoffen last. Das Unter ...

() Halle, 29. Dez. (Wahnergebnisse der ...

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Steigerung der Kohlenförderung in Kleinbetrieben ...

Die russische Frühjahrsoffensive gegen Polen.

Die amerikanisch-japanischen Beziehungen.

Die Erfassung Fimmes.



